Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere

focus 6/13
Oktober

STANDPUNKT

Bedeutung und Aufwertung öffentlicher Räume

Prof. Dr. Barbara Zibell
Raumplanerin und Professorin an der Universität Hannover. Geschäftsführerin Fachverband Schweizer Raumplaner FSU.

Unter öffentlichen Räumen werden gemeinhin alle offenen und gedeckten Bereiche verstanden, die jedermann und -frau im (städtischen) Siedlungsgefüge zugänglich sind: Strassen, Plätze und Parkanlagen, Passagenwelten oder Galerien, Transiträume ebenso wie Begegnungsräume, die dem Aufenthalt und Verweilen dienen, über die reine Verkehrs- und Erschliessungsfunktion hinaus. Zu den öffentlichen Räumen zählen die in zentralen «urbanen» Lagen, mit ihren zunehmenden Events, die das Leben betroffener Anwohner und Anwohnerinnen temporär stark beeinträchtigen können, ebenso wie Räume in Wohnquartieren, in denen Gemeinschaft, Nachbarschaft gepflegt werden kann: für Strassenfeste, Quartierkultur. Der öffentliche Raum war von jeher ein wichtiger Ort für Fest, Feier und Alltag.

Meist wird mit dem Begriff des öffentlichen Raumes eine grossstädtische, urbane Situation verbunden, seltener wird auch an kleinere Agglomerationsgemeinden gedacht, auch wenn diese mehr als 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner haben, d.h. zumindest im statistischen Sinne «Stadt» sind. Wo jedoch Siedlungswachstum nach aussen in den letzten Jahren oft wichtiger war als die Pflege der zentralen Bereiche als Einkaufsstätten und Kommunikationsorte. Wo gesichtslose Siedlungslandschaften mit ihren technischen Infrastrukturen und dem vorherrschenden baulichen Durcheinander die Orte mehr prägen als identifizierbare bauliche Ensembles. Wo (Transit-) Verkehr dominiert und in vielen Bereichen auch funktionale Zusammenhänge zerschneidet.

Nachdem auch die Bewohner und Bewohnerinnen der sogenannten «Agglogemeinden» heute mehrheitlich städtische Lebensformen repräsentieren, mit Arbeitsplätzen im industriellen und Dienstleistungsbereich, ist es folgerichtig, dass auch die Qualitäten der «suburbanen» Lebensräume städtischer werden. Die Agglomerationsgemeinden sind nicht mehr die nur zum Wohnen genutzten Vororte grosser Städte, sie wollen lebendige kleine Zentren und attraktive Teile einer global ausgerichteten Stadtregion sein und dazu «urbane» Qualitäten bieten. Qualitäten also, die den Lebensbedingungen einer urbanisierten Bevölkerung Rechnung tragen, die nicht nur auf ihre Gemeinde ausgerichtet ist, sondern einen hybriden Alltag zwischen urbanen und suburbanen Räumen lebt.

Da ist die Herstellung und Qualifizierung öffentlicher Räume gefragt, die identitätsbildend wirken, indem sie Aneignung ermöglichen für alle erdenklichen Lebensformen zwischen Wohn- und Arbeitswelten und Qualitäten bieten für Jung und Alt, erwerbstätige wie nicht erwerbstätige Bevölkerung.

Liebe Leserin, lieber Leser

Das Schweizer Volk hat sich mit Annahme des neuen Raumplanungsgesetzes für einen sorgfältigeren Umgang mit dem knappen Gut Boden ausgesprochen. Um diesem Willen entsprechen, aber gleichzeitig genügend Platz für die wachsende Bevölkerung bieten zu können, muss der Siedlungsraum verdichtet werden. Die Freiräume der Städte und Agglomerationen geraten dadurch vermehrt unter Druck, erhalten aber umgekehrt eine noch grössere Bedeutung für die Lebensqualität.

Die aktuelle Ausgabe des «focus» will aufzeigen, wie Verdichtung stattfinden kann, ohne dass der öffentliche Raum entwertet wird und diskutiert Bedeutung und Aufwertung des öffentlichen Raums sowie die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen für die Städte und Agglomerationen.

Ihre focus-Redaktion

Inhalt

Standpunkt 1
Interview 2
Thema 3
Session und Vernehmlassungen 4
Städteverband im Fokus 5
Agenda 6

INTERVIEW

«Der Aufwertungsprozess beschränkt sich nicht auf das Stadtzentrum»

Marcel Maurer
Stadtpräsident von Sitten
Marcel Maurer (59) ist Mitglied der FDP.Die Liberalen und wurde im November 2008 zum Stadtpräsidenten von Sitten gewählt. Er ist ausgebildeter Elektroingenieur der ETH Zürich und hat ein Nachdiplomstudium in Energie an der ETH Lausanne absolviert. Bis im Jahr 2009 präsidierte er e'mobile Schweiz sowie den Westschweizer Verband für Energie. Als ehemaliger Walliser Meister im Kunsturnen und Umweltschützer ist Maurer so oft er kann mit seinem Elektrovelo unterwegs. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Bei der Verleihung des Wakker-Preises 2013 an Ihre Stadt wurde die vorbildliche Neugestaltung des öffentlichen Raums hervorgehoben. Warum wurde genau hier ein Schwerpunkt gesetzt?

Die Neugestaltung des Place du Midi im Stadtzentrum war Auslöser dieses Erneuerungsprozesses. Der Gemeinderat wurde sich der Möglichkeit bewusst, Begegnungszonen zu schaffen. Die Exekutive liess sich ein Video einer derartigen Begegnungszone «in Aktion» zeigen und beschloss anschliessend, einen ersten urbanen Raum zu schaffen, in dem Fussgänger und Velofahrer Vortritt haben. Auf dieser positiven ersten Erfahrung aufbauend wurde schliesslich innerhalb von zehn Jahren das ganze Stadtzentrum in eine Begegnungszone umgestaltet. Es fand eine wahrhaftige Metamorphose des urbanen öffentlichen Raumes statt.

Welche Chancen ergaben sich daraus für Ihre Stadt?

Eine solche Aufwertung bringt, dank der sanften Mobilität und der dadurch wiedergefundenen Ruhe, eine bedeutende Steigerung der Lebensqualität mit sich. Die Aufwertung hat aber auch neuen Raum für Veranstaltungen geschaffen, wie den Wochenmarkt, Konzerte und andere Aktivitäten. Die Gartenterrassen der Cafés und Restaurants haben ebenfalls an Qualität und Gastlichkeit dazugewonnen. Und auch Handelstreibende finden neue Absatzmöglichkeiten in diesem umgestalteten öffentlichen Raum. Der Besucher kann jetzt ungestört zu Fuss die Altstadt mit ihren wunderschönen Bauten erkunden.

Welche Herausforderungen mussten überwunden werden? Und wie?

Das Neugestaltungskonzept hat nicht alle von Anfang an überzeugt. Gegen die erste Bauphase auf dem Place du Midi gingen zahlreiche Einsprachen ein. Der grosse Erfolg der ersten Neugestaltungen erlaubte uns aber dann sehr schnell, die Begegnungszonen, die übrigens auch für Sehbehinderte und Menschen mit eingeschränkter Mobilität konzipiert sind, auszuweiten.

Die Aufwertung soll nun auf das ganze Gemeindegebiet ausgeweitet werden. Wie gehen Sie dabei vor?

Die Stadt Sitten besitzt einen Richtplan, der auf ein Mobilitätskonzept abgestimmt ist. Zudem sind wir aktuell daran einen Energie-Richtplan in Kraft zu setzen. Des Weiteren haben wir, zusammen mit 13 weiteren Walliser Gemeinden, grünes Licht für das Projekt «AggloSion» erhalten. In diesem Zusammenhang ist vorgesehen die Begegnungszone so auszuweiten, dass die verschiedenen Gemeinden der Agglomeration besser erreichbar sind. Dieses Vorhaben bildet die nächste Etappe des initiierten Aufwertungsprozesses.

Auf was sollten Städte und Agglomerationen bei der Aufwertung des öffentlichen Raumes besonders achten?

Die Aufwertung des öffentlichen Raumes beschränkt sich nicht auf das Stadtzentrum. Das Stadtgebiet von Sitten besteht aus zahlreichen Quartieren und Dörfern. Daher stellen wir auch Überlegungen dazu an, wie die Qualität beispielsweise in Industriezonen erhöht werden kann. Die Behörden haben darauf geachtet, dass die bestehenden Bauzonen genutzt werden, ohne die Grünflächen zu gefährden. So sind auch heute noch zwei grosse grüne Landstriche im Osten und Westen der Stadt klar im Richtplan festgehalten. Das hat die Heimatschutz-Delegation besonders beeindruckt, als sie Sitten besuchten, um uns den Wakkerpreis zu verleihen. Die majestätische Landschaft, die unsere Stadt umgibt, ist schliesslich zentraler Bestandteil des kulturellen Erbes des Zentralwallis und darüber hinaus ein Standortvorteil für die privaten Akteure – Unternehmen mit hoher Wertschöpfung im Energiebereich, in der Lebensmittelindustrie, oder auch in der lokalen Produktion.

Wie wird Sitten in 20 Jahren aussehen?

Ich sehe eine Stadt, die mit einer Luftseilbahn mit den Bergen verbunden ist, dank einer gelungenen Verdichtung der bestehenden Bauzonen einige tausend neue Einwohner dazugewinnen konnte und Forscher, Studenten sowie Unternehmen mit hoher Wertschöpfung beherbergen wird. Die grossen grünen «Klammern» am Stadtrand werden auf Satellitenbildern weiterhin klar ersichtlich sein. Im Zentrum Europas gelegen, wird Sitten gut erschlossen und die Städte Genf, Bern, Zürich, Basel, Turin und Rom mit modernen Schnellzügen erreichbar sein. Und um noch weiterzugehen, sehe ich eine Agglomeration mit mehr als 100 000 Einwohnern, die auf vorbildliche Art geführt und beliebter Wohn- und Arbeitsort für Jung und Alt sein wird. Und schliesslich wird Sitten, als Hauptstadt eines wunderbaren Kantons, ein weiterhin hochgeschätztes Ausflugsziel sein.

THEMA

Der öffentliche Raum – Herausforderung und Chance zugleich

Der öffentliche Raum in Städten und Agglomerationen wird immer intensiver und vielfältiger genutzt. Er ist nicht nur Transit-, sondern auch Lebensraum. Dies ist erfreulich, hat aber auch Nutzungskonflikte und steigende Kosten zulasten der öffentlichen Hand zur Folge. Wie können Städte und Agglomerationen auf die Herausforderungen reagieren? Wie die damit verbundenen Chancen nutzen?

Tom Steiner
Geschäftsführer Zentrum Öffentlicher Raum ZORA, einer Arbeitsgruppe des Schweizerischen Städteverbandes

Der öffentliche Raum wird immer wichtiger. Sei dies als zentraler Faktor im Standortwettbewerb, sei dies als umkämpftes Gemeingut. In der medialen Wahrnehmung wird dabei zunehmend auf Probleme wie Littering und Vandalismus, Gewalt und Lärm fokussiert. Diese hängen vor allem mit einer immer stärkeren Nutzung der öffentlichen Räume zusammen. Und genutzt werden sie! Immer mehr Menschen bewegen sich darin nicht nur von A nach B, sondern verbringen ihre Freizeit dort. Dies ruft auch das Gewerbe auf den Plan: Wo viel Publikumsverkehr ist, lässt sich verdienen. Dabei belebt das Angebot an Gastronomie, Handel und Dienstleistungen den öffentlichen Raum auch. Eine wichtige Aufgabe der Städte ist es, dessen Attraktivität für alle Bevölkerungsgruppen zu erhalten und zu verbessern.

Dichte erzeugt Reibung

Die intensive Nutzung wird einerseits als Übernutzung beklagt, andererseits bedingen lebendige urbane Räume gerade eine hohe Dichte an Menschen und Angeboten. Dies führt zur paradoxen Situation, dass viele Menschen gerne bereits stark frequentierte Orte aufsuchen, es aber genau dadurch zu Nutzungskonflikten kommt. Zudem steigt der Aufwand für den Unterhalt stark an. Zugangsbeschränkungen zu verhängen, um diesem Trend zu begegnen, widerspricht jedoch dem Grundgedanken, dass öffentliche Räume für alle frei zugänglich sein müssen.

Bei den bewilligungspflichtigen Veranstaltungen haben die Städte eine gewisse Handhabe, die Nutzung zu steuern. Hier stellt sich jedoch die Frage nach den rechtlichen Grundlagen für Einschränkungen: Wird damit gegen die Demonstrationsfreiheit, die Gewerbefreiheit oder den Grundsatz der Gleichbehandlung verstossen? Wie hoch sind Anwohnenden- und Quartierinteressen gegenüber übergeordneten öffentlichen Interessen zu gewichten? Des Weiteren wünschen die Städte vor allem ein qualitativ hochstehendes Angebot an Veranstaltungen und versuchen alle Bevölkerungsschichten zu berücksichtigen. Nach welchen Kriterien aber wird die Qualität von Veranstaltungen bewertet?

Die Bevölkerung denkt mit

Der Schlüssel zu einem besseren Umgang mit Nutzungsdruck und Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum besteht im Einbezug der Nutzerinnen und Nutzer in die Planung von Massnahmen sowie deren Umsetzung. Die Stadt Zug beispielsweise hat im Projekt «freiraum-zug» die Bevölkerung gefragt, wie in Zukunft die öffentlichen Stadtplätze genutzt werden sollen.

In einem nächsten Schritt muss diese Aushandlung an den einzelnen Plätzen weiter geführt werden, ohne die gesamtstädtische Sichtweise aufzugeben. Konflikte werden so zwar nicht eliminiert, die Bewilligungs- und Managementpraxis der Stadt wird jedoch transparent gemacht und breit abgestützt.

«Der öffentliche Raum wird immer wichtiger. Im Standortwettbewerb wie auch als umkämpftes Gemeingut.»

Dies verweist auf einen zentralen Punkt: Die politische Führung einer Stadt muss sich positionieren! Es passt beispielsweise nicht immer und überall zusammen, erstklassige Wohnlagen und gleichzeitig ein hervorragendes Kulturangebot bieten zu wollen. Klare strategische Aussagen bieten eine Grundlage für die notwendigen Aushandlungen und erleichtern den zuständigen Behörden ihre Arbeit. Viele Städte haben dies erkannt und entsprechende Leitlinien und Konzepte erarbeitet.

Mit der 24-Stunden-Gesellschaft umgehen

Der öffentliche Nachtverkehr wird laufend ausgebaut und die Rahmenbedingungen für die Nachtökonomie, wie Schliesszeiten und nächtliche Verkaufsverbote, werden zunehmend gelockert. Viele Städte profilieren sich mit einem interessanten Kultur- und Nachtangebot und profitieren von der daraus entstehenden Wertschöpfung. Dies bedingt Investitionen in die Infrastruktur und erhöht die Kosten für den Unterhalt: Die zentralen Plätze sollen nun auch mitten in der Nacht sauber sein; die Folgen übermässigen Alkoholkonsums rufen nach einem verstärkten Einsatz von Polizei und Reinigung, aber auch nach Prävention; die Lärmkonflikte beschäftigen Verwaltung und Gerichte.

«Öffentliche Räume dürfen im Zeichen der Verdichtung der Städte nicht mehr nur einer Nutzung gewidmet sein.»

Liessen sich nicht nur der Aufwand, sondern auch der volkswirtschaftliche Nutzen der öffentlichen Räume quantifizieren, würde dies die entsprechende Argumentation der Städte vereinfachen.

Multifunktionelle Stadträume für alle

Die Anforderungen an die öffentlichen Räume steigen und verändern sich rasch. Deshalb braucht es flexible Gestaltungen, entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen und Ressourcen für den Unterhalt. Strassen und Plätze dürfen im Zeichen der Verdichtung der Städte nicht mehr nur einer Nutzung gewidmet sein. Weiter muss die Toleranz zwischen den Bevölkerungsgruppen gefördert werden. Oder anders gesagt: «Der öffentliche Raum gehört allen und die wollen nicht immer dasselbe wie ich».

POLITIK

Rückblick auf die Herbstsession

Die Herbstsession beinhaltete ein reichhaltiges Menu an Geschäften aus verschiedenen Politikbereichen. Bereits bevor die Energiestrategie 2050 voraussichtlich im kommenden Jahr ins Parlament kommt, befasste sich der Nationalrat mit energiepolitischen Einzelfragen. So stimmte er einer Motion von Nationalrat Grossen (GLP/BE) zu, die vom Bundesrat verlangt, sich mit der Erarbeitung von Standards im Bereich Smart Grid zu beschäftigen. Weiter befürwortete der Nationalrat das Ansinnen, einen Aktionsplan zur Förderung der Geothermie auszuarbeiten. Dieser soll u.a. einen Richtplan mit geeigneten Standorten für Tiefenbohrungen enthalten.

Zuwanderung und Arbeitsmarkt

Mehrfach befassten sich die Räte mit der Migrationspolitik. Der Ständerat sagte Nein zur Masseneinwanderungs-Initiative der SVP. Nach den Schlussabstimmungen in beiden Räten ist die Initiative nun bereit für die Volksabstimmung. Weiter stimmte der Nationalrat einem Postulat von Nationalrat Pfister (CVP/ZG) zu, mit dem der Bundesrat beauftragt wird, in einem Bericht aufzuzeigen, wie bereits zugewanderte Personen durch gezielte Aus- und Weiterbildung besser in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Mehrwertsteuer und NFA

Bereits zum zweiten Mal scheiterte eine grosse Mehrwertsteuer-Reform. Nach dem Nationalrat sagte auch der Ständerat Nein zu einem Mehrwertsteuermodell mit zwei Sätzen. Somit bleibt es bei drei Mehrwertsteuersätzen.

Auch bei der NFA, der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabengestaltung zwischen Bund und Kantonen, soll sich vorderhand nichts ändern. Der Nationalrat lehnte eine Standesinitiative des Kantons Schwyz ab, welche die Beiträge beschränken wollte. Der Ständerat sagte bereits im vergangenen Jahr Nein zum Anliegen.

Keine Einschränkungen beim Alkohol

Bei der Totalrevision des Alkoholgesetzes entschied sich der Nationalrat für einen Systemwechsel bei der Alkoholbesteuerung und lehnte mehrere Präventionsmassnahmen ab, denen der Ständerat zuvor zugestimmt hatte. So soll es nach der Meinung der Grossen Kammer kein Nachtverkaufsverbot für Alkoholika geben; Mindestpreise und ein Verbot von Happy Hours für Spirituosen wurden ebenfalls verworfen. Neu gibt es eine Gesetzesgrundlage für Testkäufe. Dennoch: In der Version des Nationalrates gibt die Vorlage keine Antworten auf die Folgen des übermässigen Alkoholkonsums, denen gerade die Städte ausgesetzt sind. Es bleibt zu hoffen, dass der Ständerat an seinen Positionen festhält.

Gewerbekehricht und Einwohnerdaten

Der Ständerat beschloss die Motion von Nationalrat Fluri (FDP/SO), welche die Kehrichtentsorgung von KMU bei den Kantonen, Städten und Gemeinden belassen will, seiner Kommission zur weiteren Begutachtung zu überweisen. Der Vorstoss wurde bereits vom Nationalrat gutgeheissen und wird vom Städteverband unterstützt.

Keine Unterstützung gab es im Nationalrat für eine parlamentarische Initiative von Ständerat Germann (SVP/SH), welche einen regelmässigen Austausch der Adressdaten zwischen Post und Einwohnerkontrollen forderte, um die Datenqualität zu verbessern. Die Mehrheit der Grossen Kammer hatte Datenschutzbedenken.

Vernehmlassungen

Ja zur Anpassung der KEV an die Marktentwicklungen

Der Städteverband begrüsst im Grundsatz das Bestreben, die Umsetzungsbestimmung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) den Marktentwicklungen anzupassen. Mit den vorgelegten Anpassungen der Vergütungssätze und der Vergütungsdauer für die einzelnen Technologien wird angestrebt, bei einzelnen Projekten übermässige Renditen zu reduzieren und Mitnahmeeffekte zu vermeiden. Doch er äussert auch ein paar Vorbehalte. So würde unter anderem mit den vorgeschlagenen Vergütungstarifen der Photovoltaik-Zubau übermässig gebremst, weshalb der Städteverband verlangt, die Anpassungen in diesem Bereich im Hinblick auf die Energiestrategie 2050 nochmals zu überdenken und so zu konzipieren, dass für Investoren weiterhin ausreichend Anreiz besteht, in Photovoltaik-Anlagen zu investieren.

Identitätskarte soll künftig elektronisch beantragt werden können

In 18 von 26 Kantonen können Einwohnerinnen und Einwohner die Identitätskarten an ihrem Wohnort beziehen. Dadurch leisten die Einwohnerdienste in den Städten und Gemeinden einen volkswirtschaftlich wichtigen und bürgerfreundlichen Beitrag zum Service public. Die vom Bund vorgeschlagene Ablösung des Papierformulars durch ein elektronisches Verfahren zur Beantragung der Identitätskarte wird vom Städteverband grundsätzlich begrüsst. Er wehrt sich aber gegen die absolut formulierte Bestimmung, die besagt, dass die Wohnsitzgemeinde die Kosten für die benötigte Hardware und die Installation der spezifischen Applikation zu übernehmen hat. Vielmehr spricht sich der Städteverband dafür aus, dass die Kosten dort getragen werden, wo auch die Einnahmen anfallen – also oft auf der kantonalen Ebene.

Städte fordern Beschränkung der Werbung für Kleinkredite

Der Städteverband tritt für die Verschärfung der Auflagen für die Werbung für Kleinkredite ein. Insbesondere Jugendliche sollen besser geschützt und so vermieden werden, dass sie sich früh verschulden. Der aktuelle Vorschlag zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 10.467 von Nationalrätin Josiane Aubert wird diesem Anliegen nicht gerecht. Der Städteverband bedauert, dass die Regelung bezüglich Werbung der Kreditbranche überlassen wird. Es bestehen Zweifel, dass sich die Branche selber Bestimmungen auferlegt, die dem ursprünglichen Ziel der Initiative gerecht werden, weshalb der Städteverband eine gesetzliche anstelle einer privatrechtlichen Regelung für notwendig hält.

www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Elektromobilität: Positionen der SKM

Der politische Druck, Elektromobilität zu fördern, steigt auf Bundesebene genauso wie in vielen Städten. Auf Basis der «Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität» hat die Städtekonferenz Mobilität (SKM) deshalb ein Positionspapier zum Thema erarbeitet. Die SKM geht dabei von der Feststellung aus, dass Elektroautos die Verkehrsprobleme in den Städten nur zum Teil lösen.

Raum ist in den Städten ein knappes Gut, weshalb sie bei der Abwicklung der wachsenden Verkehrsströme öV, Fuss- und Veloverkehr priorisieren. E-Bikes und E-Scooter sind längst etabliert und haben das Potenzial, insbesondere im Berufsverkehr Autokilometer zu ersetzen. Elektroautos bieten hingegen keine Entlastung bezüglich knappem Strassenraum. Sie tragen nur dann zur Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität bei, wenn sie benzin- und dieselbetriebene Fahrzeuge ersetzen.

Eingebettet in städtische Mobilitäts- und Energiestrategien kann die Elektromobilität aber ihren Beitrag zu einem stadtgerechten Verkehr leisten. Die SKM vertritt dabei folgende Positionen:

1. Eine allfällige Förderung der Elektromobilität muss dort Grenzen haben, wo sie zur Förderung der Mobilität insgesamt führt.
2. Die Elektromobilität wird in bestehende Programme im Mobilitäts- und Energiebereich integriert und nicht als eigenes Aufgabengebiet definiert.
3. Die Elektromobilität wird in die städtischen Konzepte zur multimodalen Mobilität eingebunden.
4. Elektrofahrzeuge sollen einen relevanten Beitrag zur Reduktion der vom Verkehr verursachten Umweltbelastungen leisten. Dafür ist die Stromproduktion mit erneuerbaren Energien eine Grundvoraussetzung.
5. Die Städte prüfen die Beschaffung von Elektrofahrzeugen, um Erfahrungen im Alltag zu sammeln und um Vorbild zu sein.
6. Die Städte sorgen zusammen mit Grundeigentümern und Parkhausbetreibern für eine bedarfsgerechte Ladeinfrastruktur.
7. Die Städte unterstützen Bestrebungen, die Elektrofahrzeuge zukünftig auch als Stromspeicher zu nutzen.

www.skm-cvm.ch

Ja-Parole zur Vignette

Der Städteverband unterstützt die Erweiterung des Nationalstrassennetzes und die dafür nötige Erhöhung des Autobahnvignettenpreises. Der Vorstand empfiehlt ein Ja zur Vorlage, die am 24. November zur Abstimmung kommt.

Die 100-Franken-Vignette schafft die finanziellen Voraussetzungen dafür, dass der Bund knapp 400 Kilometer bestehende Kantonsstrassen ins Autobahnnetz aufnehmen kann. In der Folge werden diverse überregionale Verbindungen verbessert und verschiedene Agglomerationen besser ans Nationalstrassennetz angebunden. Da der Verkehr in den Agglomerationen rasant zunimmt, befinden sich dort die entscheidenden Engpässe. Dringende Ausbauprojekte wie die Engpassbeseitigung der Autobahn Lausanne-Morges oder der Glattalautobahn sind an die Vignetten-Vorlage geknüpft.

Die zusätzlichen Kilometer verlängern das Nationalstrassennetz um 20 Prozent. Der Bund übernimmt die Kosten für Betrieb und Unterhalt und die geplanten Ausbauten. Das rechtfertigt es, den Vignettenpreis zu erhöhen.

Damit sich mit den Ausbauten auf den Nationalstrassen nicht bloss die Engpässe auf die städtischen Strassen verlagern, setzt sich der Städteverband weiterhin für ausreichende Investitionen in den Agglomerationsverkehr ein.

www.staedteverband.ch

Städteverband begrüsst neue Mitglieder

Anlässlich seiner Sitzung vom 16. September 2013 hat der Vorstand des Städteverbandes die Anträge auf Mitgliedschaft der Stadt Brugg und der Gemeinde Bussigny-près-Lausanne gutgeheissen. Die Stadt Brugg (AG) zählt rund 10 300 Einwohnerinnen und Einwohner und ist ein bedeutender Verkehrsknoten. Bussigny hat einen Wandel vom Dorf zur Kleinstadt hinter sich. Die Gemeinde ist eine der grösseren im Kanton Waadt und gehört mit einer Bevölkerung von 8 500 zur Agglomeration von Lausanne-Morges. Wir heissen Brugg und Bussigny-près-Lausanne herzlich im Städteverband willkommen.

www.staedteverband.ch

Kurzmeldungen

«Hohe Mieten als Folge der Personenfreizügigkeit?»

Die Fachtagung der Grenchner Wohntage 2013 am 5. November geht dieser Frage auf den Grund und analysiert aktuelle Trends in der Wohn- und Arbeitsmobilität. Zu Wort kommen unter anderen Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann, die Professoren Philippe Thalmann (EPFL) und Alain Thierstein (TU München) sowie die Nationalräte Jacqueline Badran (SP/ZH) und Olivier Feller (FDP-Liberale/VD).

www.bwo.admin.ch/wohntage

Umsetzung des revidierten RPG

Am 6. November 2013 organisiert die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung VLP-ASPAN in Bern eine Tagung zum revidierten RPG. Noch sind viele Fragen bei der Umsetzung des neuen Gesetzes offen. Die Tagung will u.a. die revidierte Raumplanungsverordnung und den Leitfaden für die Richtplanung genauer diskutieren und damit zur Klärung der offnen Fragen beitragen.

www.vlp-aspan.ch

Kommunale IT-Lösungen

Die Arbeitsgruppe «Städte- und Gemeindeinformatik» der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK) führt, unter dem Patronat des Städteverbandes, am 29. Oktober 2013 in Bern die 5. Plenartagung für Informatikverantwortliche der Städte und Gemeinden durch. In Referaten werden Themen wie Prozesssteuerung, Rahmenverträge der SIK und Schulinformatik behandelt und anhand von Praxisbeispielen veranschaulicht.

www.egovernment.ch

14. asut-Kolloquium

Die Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) nimmt eine immer wichtigere Rolle ein in der Steuerung der Produktion, der Verteilung und des Verbrauchs von Strom, aber auch bezüglich nachhaltiger Mobilität und genereller Ressourceneffizienz. Das 14. asut-Kolloquium am 27. November 2013 im Berner Kursaal widmet sich den verschiedenen Facetten dieser Thematik und bietet beim traditionellen Networking-Apéro die Möglichkeit zu weiterem Austausch.

www.asut.ch/de/veranstaltungen

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

8. November 2013
Tagung «Information ist alles – wie Städte und Gemeinden kommunizieren» in Olten
Information: Martin Tschirren, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

28./29. August 2014
Städtetag 2014 in der «Glattalstadt» (zum Vormerken)
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

24./25. Oktober 2013
Delegiertenkonferenz der Städtekonferenz Kultur in Nyon
Information: Jürg Kobel, Telefon 033 225 84 35, info@skk-cvc.ch

8. November 2013
«Im Herzen der Stadt aufwachsen?!» – Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik in Genf
Information: Ursi Krajnik-Schweizer, Telefon 044 412 67 36, ursi.krajnik@zuerich.ch

2. Dezember 2013
«Der Parkplatz: Grundrecht oder Störfaktor?» – Fachanlass der Städtekonferenz Mobilität in Biel
Information: Roman Widmer, Telefon 031 356 32 32, roman.widmer@skm-cvm.ch

15./16. Mai 2014
97. Generalversammlung der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD)
Information: Andrea Bucher, Telefon 044 411 70 26, andrea.bucher@zuerich.ch

Weitere Organisationen

4. - 13. Oktober 2013
ecoHome – Messe für nachhaltiges Wohnen und Energieeffizienz in Freiburg (Patronat SSV)
Information: Franziska Reichenbach, Telefon 026 467 20 09, www.ecohome-fribourg.ch

29. Oktober 2013
5. Plenartagung der AG «Städte- und Gemeindeinformatik» der SIK in Bern (Patronat SSV)
Information: www.egovernment.ch, info@sik.ch, Telefon 031 320 00 01

5. November 2013
7. Nationales eGovernment- Symposium «Mobile Government» in Bern (Patronat SSV)
Information: www.egovernment-symposium.ch, info@egovernment-symposium.ch

5. November 2013
Grenchner Wohntage 2013: Fachtagung «Hohe Mieten als Folge der Personenfreizügigkeit?» in Grenchen
Information: www.bwo.admin.ch/wohntage, Telefon 032 654 91 11

6. November 2013
Tagung «Revidiertes RPG: jetzt fängt die Arbeit an!» in Bern (Patronat SSV)
Information: www.vlp-aspan.ch, Telefon 031 380 76 76

14. November 2013
2. Nationaler Kongress der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz in Solothurn
Information: www.aee-kongress.ch/anmeldung, Telefon 031 301 89 62

14./15. November 2013
2. Nationale Konferenz Jugend und Gewalt in Genf
Information: www.jugendundgewalt.ch, jugendschutz@bsv.admin.ch

20. November 2013
Fachtagung Netzwerk Freiwillig Engagiert «Hauptsache Anerkennung» in Olten
Information: www.netzwerkfreiwilligengagiert.ch, Telefon 052 620 37 51

27. November 2013
14. asut-Kolloquium: «ICT als Schlüsselfaktor für intelligente Netze» in Bern (Patronat SSV)
Information: www.asut.ch/veranstaltungen/kolloquium, Telefon 031 560 66 66

Impressum
Herausgeber: Schweizerischer Städteverband (SSV), Monbijoustrasse 8, Postfach 8175, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Sigrid Feller, Ariane Gigon (und Übersetzungen), Christina Grab, Barbara Jenni, Sybille Oetliker, Martin Tschirren, Roman Widmer
Bildnachweis: Rolf Siegenthaler, Yvain Genevay/Le Matin (S. 2)
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch